

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 47/ 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zeugungspreis
pro Vierteljahr 30 Pf

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
Fernsprecher: Morichplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 26. Nov. 1926

Uebergangsbestimmungen für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung.

laut Beschluß des Hamburger Verbandstages traten die neuen Beiträge mit der 21. Beitragswoche, also für die Woche vom 23. bis 29. Mai dieses Jahres in Kraft.

Diesem Beschluß zufolge treten die neuen Unterstützungsätze für die Erwerbslosenunterstützung, für die Beerdigungsbeihilfe und für die Streit- bzw. Maßregelunterstützung mit der 47. Beitragswoche, also mit dem 22. November 1926 in Geltung.

Die Voraussetzung für die Auszahlung der neuen Unterstützungsätze nach den §§ 25 bis einschließlich 32 ist, außer der in diesen Paragraphen vorgezeichneten Mitgliedsdauer, die Zahlung von 26 neuen Beiträgen nach den Bestimmungen des § 6 des Hamburger Statuts.

Die im § 28 vorgesehene Gesamtunterstützung kann nur in den Fällen in Frage kommen, in denen das Mitglied innerhalb der letzten gezahlten 52 Beitragswochen eine Unterstützung nicht bezogen hat.

Ausgesteuerte Mitglieder können nur dann nach den neuen Satzungen noch eine zusätzliche Unterstützung an Tagen erhalten, wenn sie inzwischen durch die Zahlung von Beiträgen die Staffel von 156 oder 260 Beitragswochen und zu mindestens eine dreier- oder fünfjährige Mitgliedsdauer erreicht haben.

In allen diesen Fällen kann, sofern außerdem auch 26 neue Beiträge bezahlt wurden, soweit Tage an Unterstützung im Falle der Erwerbslosigkeit und nach Ablauf von drei bzw. 21 Karenztage bezahlt werden, als die letzte Staffel des neuen Status eine längere Dauer der Unterstützung wie früher vorliegt.

Zum Beispiel:
1. Wer also mit 36 Tagen ausgesteuert wurde, aber auch jetzt noch keine 156 Beiträge entrichtet hat, hat keinen Anspruch. Sofern er aber jetzt 156 Wochenbeiträge (darunter 26 neue) bezahlt hat, steht ihm im Erwerbslosenfalle noch ein Anspruch auf 12 Tage (also insgesamt 48 Tage) zu.

2. Wer mit 42 Tagen ausgesteuert wurde, aber jetzt noch keine 260 Beiträge, aber 26 neue Beiträge entrichtet hat, dem steht im Falle der Erwerbslosigkeit noch ein Anspruch auf 6 Tage (also insgesamt 48 Tage) zu.

3. Sofern er aber 260 Beiträge (darunter aber 26 neue) bezahlt hat, so steht ihm noch eine Unterstützung von 18 Tagen (also insgesamt 60 Tage) zu.

4. Wer mit 48 Tagen ausgesteuert war und 26 neue Beiträge entrichtet hat, erhält die Erwerbslosigkeit noch für 12 Tage (also insgesamt 60 Tage) eine Unterstützung.

Mitglieder, welche noch nicht ausgesteuert waren, jedoch nach dem 21. November arbeitslos wurden und 26 neue Beiträge entrichtet haben, aber innerhalb der letzten 52 gezahlten Beitragswochen eine Unterstützung erhalten haben, können für so viele Tage Unterstützung noch erhalten, als sie weniger als 36, 48 oder 60 Tage an Unterstützung bezogen haben.

Mahgebend ist also in allen Fällen, wo es sich um Ausgesteuerte und um in den letzten 52 Beitragswochen Unterstützung nicht gehaltene, die bisher bezogene und die jetzt zu beziehende Anzahl der Tage.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 7. Mai 1926 können also Fälle, die vor dem 22. November eingetreten sind und zurzeit noch laufen nur nach den alten Sähen und Dauer der Erwerbslosenunterstützung (Offenbacher Statut Nachtrag I) unterstützt werden, weil in diesen Fällen noch keine 26 neue Beiträge geleistet sein können, auf Grund der früheren Beitragsfreiheit während dem Bezuge von Unterstützungen.

In allen übrigen Fällen: wo 26 neue Beiträge noch nicht geleistet sind, konnt aber der Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung festgestellt werden, die Tagesätze des alten Statuts für die Dauer, die das alte Statut vorah, ausgezahlt.

In diesen Fällen sind auch jetzt noch Beiträge während der Dauer der Unterstützung nicht abzuziehen.

Wo aber neue Unterstützungsätze nach dem neuen Statut und auf Grund dieser Bekanntmachung ausgezahlt werden können, sind die Beiträge in Abzug zu bringen und in das Mitgliedsbuch einzuflecken.

Der Unterstützungsatz für jeden einzelnen Unterstützungsatz richtet sich nach dem niedrigsten Beitrag von den zuletzt geleisteten 26 Wochenbeiträgen.

Mitglieder, welche länger als fünf Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sind, erhalten keine Unterstützung.

In den Fällen, wo die Mitglieder mit fünf Wochenbeiträgen und weniger im Rückstande sind, werden diese Rückstände von der ersten Unterstützung in Abzug gebracht. Der Hauptvorstand.

Genf und der wirtschaftliche Wiederaufbau.

A. Dubegeest, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied der vorbereitenden Kommission der internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerverbandes, schreibt hierzu:

Die Periode wirtschaftlicher Flaubeit, die nun seit nahezu vier Jahren anhält, wird immer noch vielfach als „Krisis“ bezeichnet. Eine Krisis im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist dann zu verstehen, wenn ein kritischer Punkt erreicht ist und eine Wendung resp. Veränderung eintritt. Wirtschaftskrisen treten z. B. auf dem Geldmarkt ein: eine große Bank macht bankrott, mehrere von ihr abhängige Kreditinstitutionen können ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, die Industrie gerät in Zahlungsschwierigkeiten, der Betrieb wird eingeleistet und es tritt Arbeitslosigkeit und allgemeine Flaubeit ein. Solche Krisen machen sich bisher regelmäßig bemerkbar und gingen nach ein paar Jahren auch wieder vorüber. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts trat infolgedessen eine Veränderung ein, als diese Krisen infolge der Entwicklung des internationalen Verkehrs keinen nationalen Charakter mehr hatten, sondern zu einer internationalen Angelegenheit wurden. Das eine Land wurde wirtschaftlich von anderen abhängig. Die Krisen griffen tiefer ins allgemeine Wirtschaftsleben ein, obwohl auch unter den veränderten Verhältnissen nach einer gewissen Zeit eine Erholung eintrat. Man durfte deshalb annehmen, daß die Schwierigkeiten, die Ende 1921 und Anfang 1922 einsetzten, wieder einen derartigen Verlauf nehmen würden. Die Symptome waren allerdings diesmal anderer Natur und traten in den meisten europäischen Ländern in Erscheinung. Wie üblich hoffte man jedoch auch diesmal auf baldige Besserungen.

Wir mußten jedoch in den vergangenen fünf Jahren unternehmen. Man braucht nur die Arbeitslosenziffern zu prüfen, um festzustellen, wie die Menschheit überall gedrückt geht unter der anarischen Produktionsweise. Es wurden in den größeren Ländern wie England, Deutschland und Frankreich verzweifelte Anstrengungen gemacht, um wieder in normale Bahnen einzutreten. So ist in letzter Zeit in Frankreich eine Wertminderung eingetreten, die sich ohne Zweifel nach der Stabilisierung des Francs rächen wird. Vor allem wurde auch auf die Abschaffung des Achtstundentages hingewirkt, um, wie man sagt, mit dem Ausland konkurrieren zu können. Denn die Unternehmer sehen nun einmal in allen Ländern ohne Unterschied niedrigere Produktionskosten als in ihrem eigenen Lande, obwohl nachgelesenermaßen längere Arbeitszeiten ebenso wenig wie Schutzzölle Hilfe und Erleichterung bringen können. Nationale Maßregeln haben wenig oder überhaupt nicht geholfen.

Seit langem hat sich das Prinzip des vollständigen wirtschaftlichen „laissez faire“ und die Theorie vom sich selbst wiederherstellenden Gleichgewicht als unhaltbar erwiesen. Der Fabrikant besteht jedoch immer noch auf der Richtigkeit dieser Annahme, wenn auch nicht mehr in so hochtrabenden Behauptungen wie vor dem Kriege. Wenn die hohen Diplomaten in einer Völkerverversammlung in Genf an die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet appellieren und zu diesem Zwecke eine große Konferenz einberufen, so darf man die Bedeutung eines solchen Schrittes nicht überschätzen. Wenn auch der Wille der solchen Besprechungen gut ist, so sehen die gleichen Unternehmer und Diplomaten nach der Rückkehr in ihr Land plötzlich wieder die nationalen Grenzen und denken nur an ihre eigenen Interessen. Man muß nicht meinen, daß Genf selbst uns Hilfe bringen kann, sozuzunehmen gegen den Willen chauvinistischer Nationen. Wenn die vorbereitende Kommission für die internationale Wirtschaftskonferenz Mitte November zum zweitenmal zusammenkommt, um darüber zu beraten, welche Fragen näher geprüft werden müssen, dann darf man nicht glauben, daß diese Kommissionen und anschließend die

Konferenz selbständig die schlechte Lage verbessern können. Dazu ist der gute Wille der beteiligten Völker nötig. Gerade aus diesem Grunde muß solchen Bestrebungen, ohne sie zu überschätzen oder zu unterschätzen, Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es zeigt sich deutlich, daß der internationale Charakter der modernen Produktionsweise internationale Regelungen nötig macht. Uns als Gewerkschaftlern ist diese Erkenntnis nicht neu.

Wenn wir sehen, daß unsere Ansichten zum Teil oder ganz von unseren Gegnern übernommen werden, müssen wir unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen; wir dürfen uns jedoch über die Tatsache freuen, daß unsere Stimme nicht vergebens erklingt. Wir müssen unsere Mühe leisten, auch wenn es sich nur darum handeln kann, einen kleinen Teil unseres Ideals zu verwirklichen. Ein solcher Fortschritt ist es schon, wenn international eingegriffen wird und die Erkenntnis reift, daß sich nicht wie früher alles von selbst geben wird. Das Verdienst Genf liegt darin, daß es die Macht haben zwang, guten Willen zu zeigen. Die ganze Atmosphäre sorgt dafür, daß man sich davor scheut, als unwillig betrachtet zu werden. Die nationale Willkür wird beschränkt, da Genf die Mächte einer scharfen Kritik bloßstellt. Dieser moralische Zwang ist spürbar auf politischem Gebiet und auch jetzt in der vorbereitenden wirtschaftlichen Kommission. Im April machte z. B. ein einflußreicher französischer Unternehmer den Versuch, das Wort der Kommission in sehr enge Grenzen zu bannen. Seine Worte fanden wenig Beifall, und das Resultat war, daß nun ein umfassendes Programm vorliegt, auf dem kein Punkt fehlt, der auch nur einigermaßen der Beachtung wert ist. Natürlich haben auch die Kapitalisten ein gewisses Interesse an solchen Besprechungen. Hätten sie es nicht, so würden sie natürlich noch viel mehr Widerstand bieten. Sie wissen sehr gut, daß die Zeit ihrer Willkür vorbei ist. Die Schwierigkeiten, in denen sie sich befinden, machen sie nachdenklich und bringen sie dazu, andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Das Manifest der Banken, das zu einem großen Teil Ausflüchten wiedergibt, die der I.O.B. seit dem Jahre 1920 vertritt, ist nicht aus Liebe für den I.O.B. zustande gekommen, sondern auf Grund der oben vermerkten Erwägungen. Die Bankmagnaten sind tief langsam nicht mehr für die unelastische Konkurrenz. Die letzten fünf Glanzjahre haben da und dort zur Einsicht geführt, die Wirtschaft zwängt zu anderen Auffassungen. Es kann der Arbeiterklasse nur nützen, wenn sie sich an der Konferenz beteiligt und ihre Forderungen geltend macht.

An der internationalen Wirtschaftskonferenz ist es nun zu zeigen, wie eingegriffen werden soll, um die Krisis zu überwinden. Die vorbereitende Kommission wird der Konferenz Richtlinien vorgeben und diese stehen nun in diesem Monat zur Sprache. Aus diesem Grunde wurde auch die Kommission im Interesse des Studiums der verschiedenen Probleme in drei Unterkommissionen eingeteilt: eine solche für die Landwirtschaft, eine andere für die Industrie und eine dritte für die Finanz, die Absatzmärkte und die Handelspolitik. In erster Arbeit sollen die Ursachen der wirtschaftlichen Konflikte geprüft werden. Hieraus wird die Kommission der Konferenz entsprechende Maßregeln erteilen und diese soll danach trachten, zu definitiven Lösungen zu kommen.

Branchen-Konferenz der Autofattler für Südwestdeutschland.

Am 7. November in Mannheim.
Die Konferenz war von 17 Vertretern der interessierten Orte, sowie von zwei Vertretern des Gauwes und dem Kollegen Gerhardt-Berlin besucht. Den Vorsitz führte Delegierter Bach, König-Suttgart und Wolter-Frankfurt führten das Protokoll. Bielefeld, Mannheim begrüßte die Delegierten und wünschte der Tagung besten Erfolg.

Ueber die Umstellung der deutschen Wirtschaft (Typisierung und Rationalisierung) sprach Gerhardt-Berlin: Die technische Entwicklung brachte den Uebergang von der „Manufaktur“ zur Maschinenarbeit und löste damals bekanntlich starken Widerstand bei den Arbeitern aus. Inständig fühlen sie, daß durch das Auskommen der Maschinen viele von ihnen brotlos werden müßten. Deshalb erfolgte damals in den vertriebsreichen Ländern die Förderung der Maschine durch die Arbeiter. Durch den späteren organisatorischen Zusammenhalt entwickelte sich der Fortschritt im wirtschaftlichen Denken der Arbeiter. Die Gewerkschaften kämpften für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Rationalisierung liegt in der logischen Schlußfolgerung der technischen Entwicklung und bedeutet Automatisierung der Wirtschaft. Streben nach weitestmöglicher Herabsetzung der Handarbeit. Die Maschine begünstigt die Spezialisierung. Durch die Einführung von Teilarbeit

*) Ergußnisse menschlicher Handarbeit.

wurde Mehrerzeugnis und Verbilligung des Produktes angestrebt. Taylor führte durch sein System die Stoppsuhr ein, um für die Teilarbeit die kürzeste Arbeitszeit festzulegen. Der Arbeiter wurde dadurch zu höchster Arbeitsleistung angeleitet. Wenn auch durch Parlamentsbeschluss dieses System zunächst verboten wurde — so durch den Krieg begünstigt — doch wieder eingeführt, wenn auch verfeinert und im starken Maße den Verhältnissen angepasst. Auch Ford begann seinen Betrieb zu automatisieren und führte die Typisierung durch und die fließende Arbeitsmethode. Der einzelne Arbeiter macht Teilarbeit. Die Produktion wird vermehrt und die Verbilligung kann erfolgen. Die Laufzeit der Produkte im Betrieb verläuft, dadurch wird die Höhe des investierten Kapitals bedeutend verringert.

Nach fast zehnjährigem wirtschaftlichen Stillstand stellt man sich bei uns überraschend schnell und Besonders haben die neuen Methoden in der Automobilindustrie schnell Eingang gefunden. Durch die Einführung des Bandfließens wird die Arbeitszeit auf das einzelne Produkt bedeutend gekürzt und besonders die bisherige Arbeitsweise verdrängt.

Die Gewerkschaften stemmen sich nicht gegen die technische Entwicklung zur Rationalisierung. Aber volkswirtschaftlich betrachtet, muß die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Erhöhung des Lohnes mitgehen. Die Konsumkraft der großen Masse muß erhöht werden, um den Innenmarkt zu heben. Das zu erreichen kann nur durch Kampf geschehen. Darum hinein in die Gewerkschaften!

„Zur Umstellung in der Automobilindustrie“ sprach Kollege Schured-Müllesheim und gab der Meinung Ausdruck, daß durch die Konkurrenz Amerikas Deutschland zur Umstellung gezwungen wurde. Übergang zur Typisierung und Arbeitsteilung sind notwendig, um das Produkt zu verbilligen. Bei Opel, Müllersheim, werden zurzeit nur noch fünf Typen hergestellt. Die Bandarbeit ist eingeführt. Die Stoppsuhr wird nur selten angewandt. Jeder Sattler am Band ist gleich dem ungelehrten Arbeiter nur noch Monteur. Jeder Arbeiter kann in fast allen Abteilungen verwendet werden, denn nur ein bestimmter Teil, bestimmte Handgriffe sind zu machen. Durch die Bandarbeit wird die Arbeitsleistung bedeutend gesteigert und die Betriebsleistung verluft immer wieder kürzere Arbeitszeiten für das einzelne Stück festzulegen. Die Gesamtlöhnerzeit auf die einzelnen Wagen sind ganz erheblich durch diese Bandarbeit herabgesetzt worden. Bei Teilarbeiten wurde die Minutenzahl um 30 bis 50 Prozent reduziert. Auch die Verkaufspreise wurden in demselben Prozentsatz herabgesetzt. Nicht nur bei den Arbeitsstunden hat man rationierter, sondern auch beim Material. Alles lebensfähige fällt fort. Eine Garnierung kennt man nicht mehr. Das Gewicht ist bedeutend herabgesetzt. Alle Materialien sollen gleiche Lebensdauer haben. Jeder hervorgehoben muß werden, daß trotz Verkürzung der Produktionszeit bei geringerer Beschäftigung, bis heute es nicht gelungen ist, den Lohn entsprechend zu erhöhen.

Auch die Arbeitszeit ist nicht verkürzt worden. Nur eine geschlossene Organisation und dauernder Kampf wird dazu führen, daß auch den Arbeitern Nutzen aus der Rationalisierung wird.

Aus den Berichten die nunmehr folgten, sei hervorgehoben, daß Binninger-Mannheim von den Beratern berichtet, daß die Typisierung noch in dem Maße, wie anderswo, bei ihnen vorhanden ist. Jedoch sei die Arbeitszeit auf den einzelnen Wagen ebenfalls wesentlich gekürzt. Die Beschäftigung wurde verringert, wenn auch in letzter Zeit wieder Neueinstellungen vorgenommen wurden. Beschäftigt werden 106 Sattler, 4 Frauen und 11 Lehrlinge. Durch straffe Organisation war es im vorigen Jahre möglich, 8 Prozent Lohnerhöhung durchzuführen.

Engler-Einbellenen berichtet, daß bei Palmier über ein Jahr wöchentlich nur 24 Stunden gearbeitet wurde. Die Herstellungszeit der Wagen stark vermindert. Des weiteren verluft man ständig die Arbeitsmethoden anderer Betriebe gegeneinander auszuwählen. König-Stuttgart gibt ein Bild der dortigen Kleinbetriebe. Dergleichen schildert Müller-Hagenau die Produktionsverhältnisse am Orte.

Welf-Frankfurt von den Adlerwerken berichtet, daß die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahre reduziert wurde, zurzeit aber wieder 178 in der Sattlerei betrage. Gearbeitet wird noch nach der alten Methode. Die Produktion wurde bei einzelnen Wagen um 30 Prozent verbilligt. Eine starke Konkurrenz ist für sie die Firma Lindner-Halle, welche die Karosserien im 600 Mark billiger liefert. Weitere Berichte über die Verhältnisse am Ort oder aus dem Betriebe, geben die Kollegen Volker-Frankfurt, Dasmann-Heilbronn, Wesserschmidt-Ulm, Hofmann-Darmstadt, Diehl-Mainz, Bieber-Frankfurt.

In der darauf erfolgten Diskussion sprechen die Kollegen Schured und Hummel-Müllesheim und geben über verschiedene Anregungen Auskunft. Binninger-Mannheim nimmt Stellung zu dem Frankfurter Antrag, welcher wünscht, daß eine Zentralbranchenkonferenz abgehalten werden soll und mündet sich dagegen. Er könne die Bedeutung solcher großen Konferenzen nicht einsehen, weil noch dazu noch alles in Fluß ist und jeder Tag Veränderungen bringe.

Ferner seien die zwingenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes nicht außer acht zu lassen, denn wenn wir diese befolgen, dann wären solche Zustände, wie sie von Zellbrunn geschildert wurden, nicht möglich. Gerade bei Benz hat man den Beweis geliefert, worauf es bei dem BVB ankommt.

König-Stuttgart betont, daß die Konferenz Klärung durch die Berichte der Betriebe hinsichtlich der ganzen Entwicklung gebracht habe. Man werde das Gehörte verwerten müssen. Wir müssen durch die gewerkschaftliche Orientierung, wie wir uns zu der Rationalisierung zu verhalten haben. Der großen Lehrtätigkeit ist entgegenzuwirken; denn die Ausbildung bei dieser Art der Entwicklung ist ein Fragment. Die über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit ist überall zu bespüren. Durch die Rationalisierung wird röh Arbeit gekürzt. Der Ausgleich liegt in der Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Die Mitarbeiter müssen überall der Organisation zugeführt werden. Der vorgeschlagenen Entschließung ist zuzustimmen. Reiger-Frankfurt kann den Ausführungen der

Kollegen von Opel nicht zustimmen, denn diese Entwicklung liege nicht in unserem Interesse, zumal ihn die Herabsetzung der Stundearbeitzeit in diesem Maße unrentierbar erscheint. Zur besseren Einsicht sei das Material den Teilnehmern der Konferenz zuzustellen.

Galsch-Frankfurt. Wenn die Delegierten uns das Material, das sie besitzen zur Verfügung stellen, dann werden wir es genau untersuchen und den Interessenten übermitteln. Zur Sache selbst sei zu sagen, daß es ein Übel ist, auf die Dauer die große Erwerbstätigkeit zu fragen. Der Staat müsse mitwirken, um noch größere Erwerbstätigkeit zu verhüten. Zwar gibt es schon vereinzelt Arbeitgeber, die einsehen, daß der Preis der Produkte herunter, und die Kaufkraft der Allgemeinheit gehoben werden muß. Aber vor allem geht es unsere Interessen durch eine geschlossene Organisation wahrzunehmen.

Kollege Engler-Einbellenen sagt, daß sich die Rationalisierung dem Arbeiter aufs Gemüß lege und nicht genügend gegen die Ausschöpfung unternehmen werde. Man müsse den Arbeitern mehr Ruhe machen und mehr von oben herab unternehmen.

Im Schlusswort betont Gerhardt, daß meistens bei solchen Erörterungen übersehen werde, daß wir nicht die wirtschaftliche Macht besitzen, um grundlegend einzugreifen, sondern unser ganzes Streben darauf hinauslaufe, daran teilzunehmen. Er stimme auch nicht mit allem überein, was hier gesagt wurde. Die Rationalisierung ist nur dann von Nutzen, wenn unsere Forderungen berücksichtigt werden. Aber auch andererseits, wenn der Absatz der Ware gesichert ist, was wiederum starke Konsumkraft bedingt.

Im Absatz in der Autoindustrie fehle es. Zwar hat man sich weitgehend umgestellt, aber Aufträge demgemäß fehlen. Ob die Absatzmöglichkeit zunimmt, wissen wir heute noch nicht. Zunächst muß er dort im Ausland gesucht werden, wo keine eigene Autoindustrie besteht. Der Innenmarkt Deutschlands allein kann den vorhandenen Produktionsapparat nicht beschäftigen. Auch ist der Absatz in absehbarer Zeit nicht bei den Arbeitern oder Angestellten zu suchen, denen die Anschaffung einer Hofe oder eines zweiten Paars Schuhe näher liegt. Andererseits sind wir in der Entwicklung im Karosseriebau noch nicht am Ende und verweißt auf die im ganzen geprehten Stadtkarosserien, die eine weitere Arbeitserparnis bringen.

Die Bedeutung der Konferenz hinsichtlich der Schlichterung über die erfolgte Umstellung und der daraus sich ergebenden Maßnahmen sind anzuerkennen. Die Statistiken über die vorgeschriebene Stundenzahl werden im Wert während der Umstellung überschätzt. Hoffen wir, daß die Konferenz während gerückt hat und arbeiten wir alle für die Interessen unserer Kollegen durch festes und geschlossenes Zusammenwirken in unserem Verband.

In der Abstimmung wird der Frankfurter Antrag auf Abhaltung einer zentralen Branchenkonferenz abgelehnt. Die nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Entschließung.

Die Rationalisierung der Produktion macht in der deutschen Automobilindustrie gewaltige Fortschritte. Sie wirkt sich zunächst in starkem Maße gegen die Arbeiterkassen aus und verschärft auf die ungeborene Krise des Arbeitsmarktes, deren Ursachen die mangelnde Kaufkraft des Volkes und die falsche Wirtschaftsführung sind.

Die durch die Umstellung stark gesteigerte Produktion macht eine Steigerung der Kaufkraft, eine Belebung des Innenmarktes zur zwingenden Notwendigkeit.

Als wirksame Mittel hierzu betrachtet die Konferenz:

1. Reduzierung der Kaufkraft durch Erhöhung der Löhne und Senkung der Warenpreise
2. Sofortige Senkung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden täglich.
3. Zeitgehende Mitbestimmung der Betriebsräte in allen Fragen der Betriebsorganisation; und der Gewerkschaften, in allen Fragen der Volkswirtschaft.
4. Einführung der Erwerbstätigenversicherung und Gewährung einer ausreichenden Unterstützung auf die volle Dauer der Erwerbstätigkeit.

Zur Durchführung dieser notwendigen Grundforderungen ist eine starke Gewerkschaftsorganisation zwingende Vorbereitung. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichten sich deshalb, mit aller Energie für den weiteren Ausbau der Gewerkschaftsorganisation in allen Arbeiterkreisen zu wirken.

Die Arbeiten der Konferenz sind hiermit erledigt, der Vorliegende, Kollege Galsch, ersucht alle Anwesenden, im Sinne der Entschließung zu wirken. Er dankt den Kollegen und den anwesenden Gästen für das lebhafteste Interesse, mit welchem sie den Arbeiten der Konferenz gefolgt sind, und im besonderen noch den Mannheimer Kollegen für die freundliche Aufnahme, und schließt die von gutem Gelfe getragene Konferenz.

Neuabschluss von Tarifverträgen.

Tapeziererwerke. Mit der Volltermobelfabrik B. Schroll-Allendorf an der Werra wurde ab Oktober 1926 auf ein Jahr gültig, ein Tarifvertrag abgeschlossen. Arbeitszeit 48 Stunden. Ueberstundenzuschlag, Vergütung für Nacht und Sonnararbeit sind geregelt. Bei Beurlaubung aller Arbeitergruppen ist der Betriebsrat hinzuzuziehen. Ferien werden je nach Beschäftigungsdauer 4, 6 bis 8 Tage gewährt. Ferner ist das Schlichtungsverfahren bei Betriebsdifferenzen geregelt. Schlichtungsdirektor ist nicht mehr als zwei ausgenommen werden und beträgt die Vertragszeit 3½ Jahre. Die Vorgesellschaft zählt über 35 Beschäftigte, der Durchschnittslohn beträgt in Werra für Schiffein auf Stapelmobil 85 Pf., auf Karosserie 92 Pf., auf Leder-möbelarbeit 1 Mark pro Stunde.

Der Canbestickervertrag für das Tapezierer- und Sattlergewerbe im Freistaat Baden ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden. Der Absatz 4 „Lohnerhöhung“ erhält einen Zulag, nachdem Einsprüche gegen die Lohnherabsetzung nur innerhalb einer Frist von 10 Tagen zulässig ist. Die Kollegen haben also in ihrem eigenen Interesse die

Verpflichtung, ihre Lohnansprüche umgehend geltend zu machen. Das Lohnabkommen vom 13. August 1925 bleibt noch wie vor in Kraft. Wir bitten alle Kollegen, für die reifliche Durchführung des Vertrages und des Lohnabkommens Sorge zu tragen.

Deffau. Mit der dortigen Zwangsinnung wurde am 15. September 1926 ein Vertrag abgeschlossen. Wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, Ueberstundenzuschlag tariflich geregelt. Der Mindestlohn beträgt für Schiffein über 20 Jahre 80 Pf., über 24 Jahre 85 Pf. pro Stunde; jedoch wird über diese Löhne eine Leistungszulage gewährt. Ferien 5 bis 6 Tage je nach Beschäftigungsdauer. Der Tarif ist vierwöchentlich, das Lohnabkommen zweiwöchentlich fündbar.

In Biersen (Rheinland) konnte mit der dortigen Stapelmöbelindustrie ein Vertrag vereinbart werden, der zunächst auf ein Jahr gilt; ausgenommen das Lohnabkommen, welches auf drei Monate festgelegt wurde. Arbeitszeit acht Stunden täglich. Ueberstundenzuschläge wurden festgelegt. Hinsichtlich der Ferienbezahlung ist eine Veränderung eingetreten.

Lederwarenindustrie. Zwischen der Vereinigung ostdeutscher Leder- und Gatterwarenfabrikanten und westdeutschen Verband wurde am 23. September ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag hat im wesentlichen die Bestimmungen, die seither im alten Vertrag vereinbart wurden — mit einzelnen Veränderungen wieder festgelegt, die in einem Nachtrag zusammengefaßt wurden. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche. Ferien werden hier bei acht Tagen je nach Beschäftigung, gewährt. Der § 7 Beurlaubungen kommt in Wegfall. Der Vertrag gilt bis 31. März 1927.

Die Unterfütigungssätze für Erwerbstätige im Reich.

Im Nr. 46 haben wir bereits einen Teil der neuen Sätze Wirtschaftsgebiet II Mitte veröffentlicht. Der Wichtigkeit entsprechend lassen wir hier für das gesamte Reichsgebiet die entsprechenden Sätze folgen:

Wochenunterfütigungssätze in Mark.

In den ersten acht Unterfütigungswochen:

Wirtschaftsgebiet I (Osten).		Wirtschaftsgebiet II (Mitte).		Wirtschaftsgebiet III (Westen).		
	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren
A	5,50	9,15	12,00	16,00	20,00	25,00
B	5,20	8,55	11,25	14,95	18,70	23,45
C	4,80	7,95	10,45	13,95	17,40	22,15
D/E	4,50	7,35	9,70	12,90	16,35	20,90

In den neunten Unterfütigungswochen:

Wirtschaftsgebiet I (Osten).		Wirtschaftsgebiet II (Mitte).		Wirtschaftsgebiet III (Westen).		
	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren
A	6,50	10,70	14,00	18,70	22,70	27,00
B	6,10	10,05	13,15	17,60	20,70	25,00
C	5,70	9,40	12,30	16,50	19,70	23,90
D/E	5,30	8,70	11,50	15,45	18,40	22,90

Won der neunten Unterfütigungswochen ab:

Wirtschaftsgebiet I (Osten).		Wirtschaftsgebiet II (Mitte).		Wirtschaftsgebiet III (Westen).		
	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren
A	6,00	10,05	12,90	16,90	20,90	25,00
B	5,65	9,40	12,10	15,80	19,90	23,90
C	5,25	8,70	11,25	14,70	18,90	22,90
D/E	4,90	7,40	9,70	12,90	17,40	21,90

Sätze, die nicht dem Haushalt eines anderen angehören (Alleinstehende), erhalten von der ersten Unterfütigungswochen an, ohne daß weitere Erhöhung eintritt:

Wirtschaftsgebiet I (Osten).		Wirtschaftsgebiet II (Mitte).		Wirtschaftsgebiet III (Westen).		
	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren
A	6,90	10,50	13,90	17,90	21,90	26,00
B	6,45	9,85	13,05	17,05	21,05	25,15
C	5,95	9,15	12,15	16,15	20,15	24,25
D/E	5,45	8,45	11,25	15,25	19,25	23,35

Wirtschaftsgebiet I (Osten).		Wirtschaftsgebiet II (Mitte).		Wirtschaftsgebiet III (Westen).		
	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren	unter 21 Jahren	über 21 Jahren
A	6,20	10,20	13,60	17,60	21,60	25,70
B	5,75	9,55	12,75	16,75	20,75	24,85
C	5,25	8,85	11,85	15,85	19,85	23,95
D/E	4,75	8,15	10,95	14,95	18,95	23,05

Das bisherige System wird beibehalten. Bei den Lehren wird unterschieden zwischen solchen, die alleinstehen und jenen, die in ihrer Familie leben.

Der zulässige Höchstbetrag der Unterfütigung (Haupunterfütigung und Zuschläge) ist zu erweitern, daß er erst bei Familien mit vier Kindern erreicht wird. Es ist jedoch bestimmt worden, daß in solchen Fällen, wo die Gesamtunterfütigung, den durchschnittlichen Arbeitsverdienst der gleichartigen Arbeitnehmergruppen erreichen würde, die Familienzuschläge nicht höher sein dürfen als die Hauptunterfütigung der Erwerbstätigen selbst. — Die selbständigen Unterfütigungen, die mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen (wenn bisher schon) insgesamt das Zweifachfache der Unterfütigung nicht übersteigen, die dem höchstunterfütigten Mitglied der Familie für seine Person aussteht.

Die kommunistische Internationale und die Gewerkschaftsfrage.

(SGB.) Laut Zeitungsmittellungen soll Bucharin zum Präsidenten der kommunistischen Internationale ernannt werden. Obwohl Bucharin den Optimismus seines Vorgängers Sinowiew in bezug auf die Weltrevolution nicht teilt...

In einer ganzen Reihe europäischer Parteien werden die Kommunisten finden, die in den Gewerkschaften tätig sind und die an der gewerkschaftlichen Mitigationsarbeit teilnehmen...

Es scheint, daß Bucharin, der natürlich keine Tätigkeit mit irgendwelcher neuen 'Erfindung' anstreben muß, den Gewerkschaften sein spezielles Augenmerk schenken will...

Warenhandel und Gebrauchsgüter.

Die Triebkraft allen kapitalistischen Erwerbsbetriebes hat zu einer früher ungenahmten Warenzerstückelung geführt. Tausende und aber Tausende von allen möglichen und unmöglichen Dingen werden produziert und vertrieben nicht darum, weil für sie ein Bedarf vorhanden wäre...

Die Genossenschaftler wissen längst ein viel einfacheres und probatere Verfahren als Schutz gegen schlechte, unzuverlässige und überbewertete Waren, ein Verfahren, das kein Zusammenschluß ist zur Errichtung neuer, weiterer Stempelbehörden oder Stempelausschüsse...

In der Konsumgenossenschaft trägt jedes Ding den Stempel gemeinschaftlicher Selbsthilfe, den Stempel der Sicherung gegen die Anwohlerhoheit und Unzumutbarkeiten des kapitalistischen Warenhandels.

Korrespondenzen.

Cassel, Verammlung vom 13. November. Vor der Versammlung tagte das gewählte Schiedsgericht wegen der Forderungen des früheren Vorsitzenden Bonn und des Kasslers Förderer. Kollege Riedel erklart den Bericht. Er verurteilt das Verhalten der Kollegen Bonn und Förderer und gibt darüber Aufklärung...

Mannheim. Am Anluß der hier tagenden Autokonferenz am 7. November 1928 (das Nähere folgt an anderer Stelle) fand am Montag, den 8. November eine gut besuchte allgemeine Mitgliederversammlung statt.

Der Vorsitzende, Adolf Widde, eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und gab zunächst einige geschäftliche Mitteilungen bekannt. Abhanden erklart Kollege Ebinger einen kurzen Bericht von der Delegiertenkonferenz in Ortsart. In der Herbergsfrage konnte bis jetzt noch keine Einigung erzielt werden.

Gerhard, Berlin gibt zunächst eine kurze Uebersicht über die wirtschaftliche Lage. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten hatte im Oktober 1925 einen hohen Stand erreicht, ist aber auch im laufenden Jahre 1926 nur wenig zurückgegangen. Jedenfalls zeigen die Ausfuhrzahlen von Fertigfabrikaten, daß unser Einfuhr auf dem Weltmarkt aufgenommen hat. Eine noch weit größere Steigerung würde eintriften, wenn die allzu vielen Zollgrenzen in Europa fallen würden...

An Hand von Zahlen gibt Referent die Leistungen unserer Hauptstoffe an die Mitglieder bekannt, und dürfte die Zahl von 1/2 Million Mark im Jahre 1924 und 1925 für Streikunterstützungen bezeichnend genug sein. Kampf wurde der Achtstundentag. Mit dem Wunsch, unsern Verbände treu zu bleiben und neue Mitglieder zu werben, schloß er seine mit Aufmerksamkeit verfolgte Rede.

Rundschau.

Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt. Seit einigen Wochen werden in öffentlichen Verkaufsstellen, besonders aber bei den Veranstaltungen der Arbeiterkassen, eine Lotterie vertrieben, die vom Hauptausloß für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet ist. Ohne tiefgründige Betrachtungen über die Berechtigung eines solchen Würfelspiels anzustellen, möchten wir doch recht herzlich wünschen, daß diese Lotterie bei der Arbeiterkassen in der ausgefallenen Weise Unterstützung findet...

Die Arbeiterwohlfahrt, als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterkassen im Leben gerufen, um die gesamte Wohlfahrtsfrage von dem ihr leider vielfach noch anhaftenden Charakter der Wohlthätigkeit endgültig zu befreien, muß auch für sich Mittel schaffen, um bahnbrechend nach eigenem Programm praktisch wirken zu können. In einer Zeit der Massennot ist die Wohlfahrtsfrage besonders erforderlich, um die Einbuße an moralischer Widerstandskraft so gering wie möglich zu begrenzen. Es hilft ja nichts, nur den Staat und die Gesellschaft für die Not verantwortlich zu machen, weil die Aufgabe zu groß ist, als daß sie dem Staat von heute allein lösen könnte...

gaben mangelt es nicht, um so mehr aber an den erforderlichen Mitteln. Eine günstige Aufnahme der Lotterie würde einen Teil der benötigten Mittel gewährleisten. Nicht um der Spielerei willen, sondern um durch Solidarität und Gemeinschaftsarbeit der Arbeiterwohlfahrt neue Betätigungsmöglichkeiten zu geben, ist eine wirksame Unterstützung des Lotterieunternehmens der Arbeiterwohlfahrt zu wünschen.

Gemeinsajiger Verkehrsverein Groß-Hamburg e. V. Unter Mitwirkung des Ordisauschusses Groß-Hamburg e. V. ist in Hamburg bereits im Frühjahr dieses Jahres unter obigem Namen ein Verein gegründet worden, der es sich zur Aufgabe macht, allen nach Hamburg kommenden Reisenden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Der Verein hilft nicht nur Einzelreisenden zu einer vorteilhaften Verwendung der Zeit des Aufenthalts in Hamburg, er vermittelt auch billige und laubere Hotelunterkunft. Zur besonderen Aufgabe hat er sich gestellt, Reisekostenstellen in Hamburg zu betreuen, Programme auszugestalten und durchzuführen, Führungen zu übernehmen sowie Unter- und Verpflegung zu vermitteln. Die gleiche Tätigkeit übernimmt er auch für die Abholung von Kongress- und Tagungen. Wer also nach Hamburg will, ob einzeln oder in Gesellschaft, der wende sich vorher an die Geschäftsstelle des Gemeinajiger Verkehrsvereins Groß-Hamburg e. V., Hamburg 1, Ragselweg 14. Jede Auskunft wird dort kostenlos erteilt.

Weitere Förderung des Mieterkasses. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt wird eine Verordnung erlassen, nach welcher ab 1. Dezember d. J. teure Wohnungen nicht mehr den Vorzählern des Wohnungsraumgesetzes unterliegen. Als solche gelten Wohnungen, deren Jahresfriedensmiete in Berlin 3000 Mk. und mehr, in den übrigen Orten der Sonderklasse 2400 Mk. und mehr, in der Ortsklasse A 1800 Mk., in der Ortsklasse B 1300 Mk., der Ortsklasse C 800 Mk., in der Ortsklasse D 500 Mk. und mehr beträgt. Bis zum 1. April soll eine Uebergangsbestimmung bestehen, von da an tritt wieder völlige Vertragsfreiheit für diese sogenannten teuren und großen Wohnungen ein.

Fachlehrbücher.

- A. Für Sattler. Der Sattler als Zuschneider (Morgenstern). Der Auto- und Wagensattler (Reibschaf). Das Vederlärben. Der Wagenladler. Geschirre und Sättel aller Arbeitstiere. Fachkunde für Leder verarbeitende Berufe. B. Für Tapezierer. Das technisch-praktische Polstern (Engelhardt). Das praktische Polstern (Büchner). Das Flechten der Polstermöbel. Anfertigung der Kustigenatragen. Die Fleckenreinigung. Der Tapezierer (mit Atlas), geb. Beschreibung aller Tapezierarbeiten, druck. Sofortige Zufendung gegen Voreinsendung des Betrags durch G. Becker.

Zuschneiden moderner Dekorationen vergriffen, scheint in neuer Bearbeitung in einigen Wochen.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen.) Vom 22. bis 28. November ist der 47. Wochenberichtszeitung fällig. Wer sich vor Schaden hüten will, bezahle die Beiträge regelmäßig. Zählung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Wir ersuchen alle Ortsvereinigungen, die Mitglieder für den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeiter am 30. November bis spätestens zum 5. Dezember einzutragen. Orts, die nicht rechtzeitig berichten, können in der Erhebung nicht aufgenommen werden und tragen durch Nachlässigkeit dazu bei, daß die Gesamtübersicht über den Arbeitsmarkt unvollständig erscheint. Bericht ist bis zum 27. November.

Veranstaltungskalender.

Stettin. Am Samstag, den 4. Dezember abends 7 Uhr, findet bei Karr eine außerordentliche Mitgliederversammlung verbunden mit Bannerweihen ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Der Vorstand: W. Krause.

Adressenveränderungen.

Essen. Vorf.: Fritz Heiliger, Altriedstr. 211. Eberfeld. Bureau, Eberfeld, Carnapstr. 30. Göttingen. Vorf.: Wilhelm Berg, Heutalweg 2. Neukirchen. Kass.: Karl Götzlin, Rangstr. 14. Sarau. Kass.: Fritz Wehner, Sommerfelder Str. 11. Lüneburg. Kass.: Fritz Grube, Wittstr. 41.

Sterbefälle.

Hannover. Am 30. Oktober starb Kollege Hermann Knackstedt im Alter von 78 Jahren. Am 15. November starb Kollege Heinrich Westermann im Alter von 53 Jahren. Göttingen. Am 18. November starb eines unserer treuesten Mitglieder, der Tapezierer Andreas, im blühenden Alter von 32 Jahren. Ihre Ihren Andenken!